

Die „Freiheit“ wird täglich ausser am Sonntag und Montags mit dem Unterhaltungsbeilage „Astra Welt“, „Astrawelt“ und „Der Jugendgenosse“... Der Tagespreis beträgt bei jeder Abnahme im Voraus für Monat März 25.— M., im Voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche postamtlichen Verkaufsstellen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland 35.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Die jährliche Konsumpreisliste über deren Raum kostet 10.— M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—15239

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichsregierung und Reparationsnote

Berlin, 24. März.

Heute nachmittag fand im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat statt, in dem die durch die Noten der Reparationskommission geschaffene politische Lage zur Erörterung stand. Der Reichskanzler entwickelte in längeren Ausführungen im Anschluß an die Verhandlungen, die vormittags im Reichskabinett stattgefunden hatten, die Richtlinien der von der Regierung einzuschlagenden Politik. Der Reichspräsident stellte am Schluß der Beratung fest, daß alle anwesenden Minister mit den vom Reichskanzler dargelegten Richtlinien einverstanden sind.

Auf Grund dieser Aussprache und der in den einzelnen Ressorts der Reichsregierung noch fortzuhaltenden näheren Prüfung der Noten der Reparationskommission wird der Reichskanzler am Dienstag im Reichstag den Standpunkt der Reichsregierung darlegen, nachdem am Montag die nach Berlin geladenen Ministerpräsidenten der Länder Gelegenheit gefunden haben, sich zur politischen Lage zu äußern.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind für Montag zu einer Besprechung der Lage von der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden.

Ueber den Standpunkt der Reichsregierung teilt die „Vossische Zeitung“ folgendes mit:

Die Regierung sieht keine Möglichkeit, innerhalb der vorgeschriebenen kurzen Frist neue Steuerentwürfe, die einen Ertrag von sechzig Milliarden Papiermark bringen sollen, auszuarbeiten und parlamentarisch durchzubringen. Sie sieht auch keine Möglichkeit, dem deutschen Volke eine neue Steuerbelastung in dieser Höhe aufzubürden.

Genaugenommen kann die Regierung jene weitgehenden Eingriffe in die deutsche Souveränität hinnehmen, die in den Forderungen der Reparationskommission enthalten sind. Die Regierung ist aber bereit, noch deutlichere Zeichen ihres guten Willens zu geben, und wird der Reparationskommission Vorschläge machen, die ihrem Inhalte nach noch nicht feststehen und die auf dem Wege neuer Verhandlungen zu Vereinbarungen auf einer anderen Grundlage führen können.

Man darf wohl voraussehen, daß die Bereitschaft zur Diskussion der Bedingungen für das Moratorium auch bei der Gegenseite vorhanden ist und erklärt werden wird.

Die Tuberkulosenot in Rußland

O. Berlin, 24. März.

Geheimrat Prof. Dr. Hannwich-Hohenlychen, der ehrenamtliche Generalsekretär der „Internationalen Tuberkulose-Vereinigung“, der schon aus Moskau zurückgekehrt ist, wohnt er auf Einladung der Sowjetregierung als Tuberkulose-Experte gereist war, macht folgende Mitteilungen:

„Natürlich nimmt die Tuberkulose in Rußland zu, wie überall. Wenn die Völker sich nicht schnellstens zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen, kommt die Tuberkulose auch in das Lager derer, die sich heute noch geborgen fühlen, auch andere Seuchen, Typhus und Malaria, Pest und Cholera. Vielleicht sehr bald; bestimmt aber die Tuberkulose. Wie die Vorbedingungen hierfür sich häufen können, zeigt Rußland, wo Weltkrieg, Blockade, Revolution und Missernten eine Rekordkonjunktur geschaffen haben.

Die russische Ärzteschaft arbeitet bewundernswürdig; die einen stark und hoffnungslos, andere verzagt und mühsam. Bislang 16 Stunden täglich. Die Ärzte sind noch mobilisiert. Jeder kann in kürzester Frist irgendwohin in die Hunger- und Seuchengebiete abkommandiert werden. Aber die Hände sind gebunden, hauptsächlich durch Nahrungsmangel und Wohnungsmangel. Und Geld fehlt natürlich.

Alle Kulturbetriebe leiden Not. Das Wohnungswesen ist kaum steigerungsfähig. Viele Häuser sind zerfallen, die Abwasserleitungen zerstört, in den Wohnungen drängen sich die Menschen, in Häusern und Höfen staut sich der Urat. Bis zu 30 Prozent der Wohnungen kommen als solche nicht mehr in Betracht. Wie ist dem abzuhelfen? Nur durch gemeinsame Arbeit. „Sind wir denn wirklich allein? Sieht und hört uns niemand mehr von unseren früheren internationalen Kampfgenossen?“ So heißt es in dem Aufruf der russischen Ärzte an die Tuberkulose-Kämpfer der Welt. Und er schließt mit der dringenden Bitte, daß schon in aller nächster Zukunft eine internationale Tuberkulose-Konferenz mit Vertretern aller Länder ohne Ausnahme und unabhängig von dieser und jener politischen Gruppierung stattfinden möge. Ich habe übernommen, die Tuberkulose-Internationale zu befragen, ob man sich noch im Sommer 1922 in Moskau zu Beratungen zusammenschließen will. Aber weiterhin will ich versuchen, durch den so einflussreichen Konzern Helfer mobil zu machen, die die Herdabstufung großer Gebiete und die Reparatur zerstörter

und zerfallener Häuser fördern wollen. Die Sowjetregierung ist zu jedem Entgegenkommen bereit. Wer mitmachen will, schreibe mir nach Hohenlychen. Handeln heißt es! Buerst Lebensmittel! Saat in die Erde! Diese Rußland-Reise war die eindrucksvollste, die ich bei meinen internationalen Tuberkulose-Arbeiten erlebt. Volk in Not, Welt vorm Tod! Wer wird Halt gebieten? Es gibt nur ein Rezept. Denkt in Genua an Hunger und Seuchen! Denkt an eure Kinder und die ihnen drohende Tuberkulose!“

Ein russisches Panama

Terijoki, 24. März.

Die Sowjetregierung hat ungeheuerliche Unregelmäßigkeiten in der Finanzabteilung des Volkskommissariats des Auswärtigen aufgedeckt. Obgleich die Finanzabteilung die gesamten Kredite für den Unterhalt der Auslandsvertretungen zu verwalten hatte, ist für die Jahre 1917/19 überhaupt keine Buchführung vorgefunden worden. Die Buchführung für die spätere Zeit spottet jeder Beschreibung; es sind Sowjet- und Jarenrubel, Dollars, Francs usw. einfach zusammenaddiert worden; für zahlreiche hohe Ausgabenposten fehlen alle Belege. Es bedurfte der intensiven Arbeit von 16 Buchhaltern, um überhaupt irgendein Bild über die Finanzoperationen zu gewinnen. Bezeichnenderweise ist der frühere Chef der Finanzabteilung seinerzeit für große Vorkaufschiebungen von der Tische-ka erschossen worden, ohne daß daraufhin irgendeine Revision der Abteilung vorgenommen wurde, so daß die Wirtschaft bis in die letzte Zeit hinein ungeführt fortbauern konnte.

Die Rauchwarenauktion findet statt

Leipzig, 24. März.

Die Versteigerung der dem russischen Staat gehörigen Rauchwaren im Werte von 600 Millionen Mark, die wegen Einspruchs der Kopenhagener russischen Handelskompanie verboten worden war, wird, nachdem die einstweilige Verfügung nunmehr aufgehoben ist, am 29. März stattfinden.

Zuchthausurteil in Braunschweig

Braunschweig, 24. März.

In dem Prozeß wegen der Dynamitattentate in Braunschweig wurde heute das Urteil verkündet. Gebrmann und Lange wurden zu je sechs Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, Paetz zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht, Burtche zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, der Sohn des früheren braunschweigischen Präsidenten Merges zu 5 Jahren Zuchthaus, Engemann zu einem Jahre Zuchthaus, die frühere braunschweigische Kultusministerin Fajhauer und Reuker zu je neun Monaten Gefängnis.

Den Angeklagten, die politisch der K.M.P. angehören, wurde zur Last gelegt, Dynamitanschläge ausgeführt oder vorbereitet zu haben. Ein Teil der Angeklagten verweigerte die Aussage, weil sie dem Gericht kein Vertrauen entgegenbrachten. Die anderen verwickelten sich teils in große Widersprüche oder legten sich gegenseitig herein. Frau Fajhauer hat im November 1918 wohl im Kultusministerium gearbeitet, eine politische Rolle hat sie in Braunschweig aber nie gespielt.

Die Pariser Orientkonferenz

Paris, 23. März.

Poincaré, Lord Curzon und Schanzer haben zusammen mit ihren Beratern heute nachmittag am Quai d'Orsay eine zweite Sitzung abgehalten. Nach dieser Sitzung wurde der Presse folgender Bericht übergeben:

Die drei Minister des Außenwesens haben einen großen Teil der heutigen Nachmittagsitzung dem Studium der Frage des Schutzes der Rinderherden sowohl in Asien wie in Europa gewidmet. Ueber die gesamten Fragen wurde eine Einigung erzielt, die in die den Türken und den Griechen später vorzuschlagende Regelung aufgenommen werden soll. Der Völkerbund, in den die Türken aufgenommen zu werden ersuchen werden, sobald sie die Bedingungen des Friedens angenommen haben, wird aufgefordert werden, bei der Anwendung der oben erwähnten Maßnahmen mitzuarbeiten. Die interalliierte Militärkommission hat den drei Ministern ihre Vorschläge bezüglich der Räumung von Kleinasien unterbreitet, die sie gebilligt haben. Die drei Minister haben alsdann die Prüfung der armenischen Frage begonnen, deren Studium in den nächsten Sitzungen fortgesetzt werden wird. Die nächste Zusammenkunft der drei Minister ist auf morgen vormittag 10 Uhr festgesetzt worden.

Zur Koalitionsfrage

Von Fritz Koch

Soviel mir erinnerlich, hat die Haltung unserer Presse in der Koalitionsfrage bei einem großen Teil der Parteigenossen Anstoß erregt. Es war deshalb zu begrüßen, daß von der Redaktion der „Freiheit“ die Diskussion mit einem Artikel aus einer noch nicht veröffentlichten Broschüre des Genossen Kautsky eröffnet wurde. Gerade die Frage der Koalition hat die Gemüter zum Teil heftig erregt. Dies kam auch in den Anträgen und Resolutionen zum Leipziger Parteitag deutlich zum Ausdruck, und auch das in Leipzig angenommene Manifest, das ich als ein Kompromiß betrachte, zwingt uns, die gegensätzlichen Ansichten auszutragen, um dadurch schließlich eine Klärung herbeizuführen.

Kautsky betrachtet in seiner Broschüre die Uebergangsperiode von der Ergreifung der Macht durch ein sozialistisch geschultes Proletariat bis zur Verwirklichung des Sozialismus als die Blütezeit der Koalitionsregierungen. Dabei glaubt er sich auf Marx berufen zu können, der in der Uebergangszeit von der Diktatur des Proletariats spricht. Ich achte Kautsky ob seines Wissens sehr hoch. Es ist mir aber unsäglich, wie er diesen Satz dahin auslegen will, daß es heißen soll, in der Uebergangszeit bestehe die Koalition. Was hat Marx unter der Diktatur des Proletariats verstanden? Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Machtmittel des Staates zugleich die Machtmittel der herrschenden Klassen, die herrschende Klasse aber zur Zeit die Kapitalisten sind, kann man von einer Diktatur des Besitzes oder Kapitals sprechen. Diese Diktatur gilt es zu beseitigen, und zu diesem Zweck muß man sich in den Besitz der Machtmittel setzen, mit deren Hilfe es der besitzenden Klasse heute noch gelingt, ihre Diktatur aufrecht zu erhalten.

Marx verweist allerdings auf den Weg der historischen Entwicklung. Er sagt, durch die Konzentration des Kapitals wird die Masse des Proletariats größer, und zugleich wächst die Erkenntnis, als Klasse den Kampf gegen die bestehende Ordnung aufzunehmen. In dem Moment, wo die Mehrheit des Volkes gewillt ist, mit den proletarischen Klassenkämpfern gemeinsame Sache zu machen, nimmt die Diktatur des Proletariats ihren Anfang. Eine rein sozialistische Regierung gestaltet, gestützt auf den Mehrheitswillen des Volkes, den gesamten Regierungsapparat so um, daß er kein Machtinstrument der besitzenden Klassen mehr ist. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Ihre Durchführung kann aber niemals mit Hilfe von Leuten vorgenommen werden, die ein Interesse daran haben, den alten Zustand aufrecht zu erhalten. Ein bürgerlicher Minister, und mag er noch so fortschrittlich gesinnt sein, wird niemals dem Proletariat behilflich sein, seine Machtpositionen auszubauen. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien wird in dieser Situation unsern Gegnern die Waffen schärfen und uns hindern, unsere Tätigkeit in der Regierung im Interesse des Sozialismus auszuüben. Dieses Moment hat Marx klar erkannt und erklärt, daß die Uebergangsperiode ausgefüllt wird von der Diktatur des Proletariats. Ueberdies hat Kautsky selbst im Erfurter Programm denselben Schluß wie Marx gezogen. Eine Aenderung in der Anschauung, auf Grund von Erfahrungen, wäre allerdings berechtigt. Aber alle bisherigen Erfahrungen bestätigen die Marxsche Ansicht.

Etwas anderes ist es allerdings mit einer Koalition, wenn eine sozialistische Mehrheit nicht vorhanden ist. Dann kann allerdings die Frage an eine proletarische Partei herantreten, ob es im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt, bestimmte Arbeitsgebiete in einem bürgerlichen Kabinett zu übernehmen. Ja, es kann der Fall eintreten, daß man, wenn man sich nicht selbst aufgeben will, gezwungen ist, in ein bürgerliches Kabinett einzutreten. Man kann Gegner jeder Koalition sein und trotzdem in bestimmten Fragen gezwungen werden, in einer Koalition mitzuwirken. Gibt man sich allerdings der Illusion hin, dadurch die Machtposition des Proletariats zu stärken, so hat es keinen Zweck, über eine eventuelle Koalition zu sprechen; denn eine sozialistische Partei wird nur in ihrer schwächsten Stunde gezwungen sein, mit bürgerlichen eine Regierung zu bilden. Und wenn sie es schon tut, so nur zur Abwehr. Zum Angriff überzugehen in einer Koalition bedeutet die Sprengung derselben. Deshalb kann eine aktive sozialistische Partei einer Koalition mit bürgerlichen nicht mit Sympathie gegenüberstehen, und wenn sie schon gezwungen ist, an einer solchen teilzunehmen, so immer nur für ganz kurze Zeit und nur zur Abwehr reaktionärer Angriffe.

Ich hoffe, daß wir zu einer einheitlichen Auffassung in unseren Reihen gelangen, wenn wir die Koalitionsfrage von diesem Gesichtspunkte aus betrachten.

Günstige Fluchangebote für Mörder

Vor einigen Tagen sind vor einem Berliner Schwurgericht zwei Moskogardisten zu je anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie hatten während der blutigen Märztage des Jahres 1919 zwei galizische Soldaten, die auf dem Heimwege aus der Gefangenschaft waren und auf der Straße wegen ihres jüdischen Aussehens aufgegriffen wurden, im Hofe des Noabiter Zuchthaus halbtot geprügelt, dann niedergeschossen und auf einen Misthaufen geworfen. Nach auch anderwärts von den Moskogardisten geübtem Brauch wurden die Leichen des Nachts auf ein Auto verladen und an einer dunklen Stelle der Stadt in den Kanal geworfen.

Obwohl der Staatsanwalt auf Nord plädiert hatte, fällten die Geschworenen ihren Wahrspruch lediglich auf fahrlässige Tötung. Demnach fiel das Urteil aus, das in Anbetracht der ungeheuren Rohheit der Täter als äußerst milde bezeichnet werden muß. Arbeiter, die ähnliches verübt hätten, wären ohne Zweifel lebenslanglich ins Zuchthaus gekommen, wenn nicht gar hingerichtet worden. Die Mörder hatten aber, weil sie beim Verüben der Tat eine Uniform trugen, offenbar mit der üblichen Freisprechung gerechnet. Enttäuscht über das Urteil, haben sie durch ihren Verteidiger Revision beim Reichsgericht eingeleitet und außerdem Antrag auf Haftentlassung gestellt. Begründet wird der Antrag auf Haftentlassung damit, daß sich die Angeklagten seit drei Jahren zur Verfügung des Gerichts gehalten und sogar wiederholt ihnen angebotene sehr günstige Fluchtversuche abgelehnt hätten.

Die Begründung ist äußerst interessant. Es wird festzustellen sein, welche Kreise den beiden Mördern das Angebot eines „sehr günstigen Fluchtversuches“ gemacht haben. Sicherlich ging das Angebot von jener Stelle aus, die Genosse Ledebour in seinem Prozeß als Mörderzentrale bezeichnete. Diese Mörderzentrale muß nicht nur über sehr reichliche Geldmittel verfügen, sie muß auch gute Beziehungen zu den Behörden haben, die ihr bei der Ausstellung von falschen Pässen für verfolgte Mörder behilflich sind. Der Hinweis in dem Haftentlassungsantrag könnte jetzt einer objektiven Staatsanwaltschaft die Möglichkeit geben, den Spuren nachzugehen und die Mörderzentrale, ihre Helfershelfer und Geldgeber endlich dingfest zu machen. Wenn man nur wollte!

Wirth und Hermes

Die Antwort auf das Schreiben der USPD.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat auf die beiden Briefe der unabhängigen Fraktion jetzt folgende Antwort erteilt:

Die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat durch Schreiben vom 10. März und 18. März 1922 die Reichsregierung um Stellungnahme zu den in dem ersignanten Schreiben gemachten Mitteilungen ersucht.

Wie der Reichstagsfraktion bekannt geworden sein wird, hat der Reichsminister Dr. Hermes gegen die „Freiheit“ Strafantrag gestellt, weil er in den Veröffentlichungen dieses Blattes, die sich auf die in dem Schreiben vom 10. März angelegenen Mitteilungen beziehen, den Tatbestand der verleumdenden Beleidigung erklärt.

Des Weiteren hat der 26. Ausschuss des Reichstags, der die Untersuchung der früher gegen den Reichsminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe führt, beschlossen, seine untersuchende Tätigkeit auf dem in den beiden Schreiben der Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokraten vorgebrachten Fall auszuüben.

Bei dieser Sachlage, die die volle Gewähr für eine erschöpfende Aufklärung des Tatbestandes bietet, hält es die Reichsregierung für angezeigt, den Spruch des Gerichts und das Ergebnis der Untersuchung durch den Reichstagsausschuss abzuwarten. Hochachtungsvoll grüßt Wirth.

Dieses Schreiben des Reichskanzlers enthält die Bestätigung, daß die Reichsregierung nicht daran denke, jetzt von sich aus zu den gegen Dr. Hermes vorgebrachten Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Sie setzt sich damit in Widerspruch zu der Haltung, die die Reichsregierung im Oktober 1920 eingenommen hat. Damals beschleunigte man Herrn Hermes die persönliche Ehrenhaftigkeit. Wenn die Regierung jetzt keine Stellung nimmt, so bestärkt sie damit den Eindruck, daß es diesmal bei einer Untersuchung nicht gelingen wird, zu der Feststellung der persönlichen Ehrenhaftigkeit zu kommen.

Diese Schlussfolgerung ist umso berechtigter, da das Schreiben des Reichskanzlers einen erheblichen tatsächlichen Irrtum enthält. Es wird behauptet, Hermes habe Strafantrag gegen die „Freiheit“ wegen verleumdender Beleidigungen gestellt. In Wirklichkeit klagt Herr Hermes nur wegen des Gebrauchs zweier Ausdrücke, nämlich der Worte „Bestechungspreis“ und „Korruptionsminister“. Er hat aber die von der „Freiheit“ veröffentlichten Tatsachen nie bestritten, so daß das Kabinett sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätte, zu diesen Tatsachen ein Urteil abzugeben.

Eine Ehrenrettung für Dr. Hermes ist deshalb dieses Schreiben der Reichsregierung ebensowenig wie ihr bisheriges Schweigen.

Teuerung und neue Steuern

In einer öffentlichen Versammlung im Lehrervereinsbau, einberufen von unserer Partei, referierte am Donnerstag Genosse Goldmann-Franken über Teuerung und neue Steuern. Der Referent schilderte eingehend die wirtschaftlichen Kriegsverhältnisse und die Folgen des Krieges, die wirtschaftlichen Erschütterungen der Sieger- und Besiegtenstaaten. Sieger sind eigentlich die Kapitalisten und Besiegte im wahren Sinne des Wortes die Arbeiter aller Länder. Die Imperialisten aller Länder sind sich gleich in Tendenz und Methode. Wer als Arbeiter sich nicht aktiv an dem Kampfe um den Sozialismus beteiligt, will indirekt den neuen Krieg. Denn solange kapitalistische Staaten bestehen, wird es Kriege geben. Nachdem der Redner die letzte Rate der Entente, deren Forderungen und die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen besprochen hatte, wandte er sich der Erörterung der Steuerfrage zu. Die Durchpeisung der Steuerfrage werde mehr und mehr zu einer Komödie. Auf neue wird die Arbeiterschaft befohlen und der Besch in einer nicht geachteten Weise wiederum geschont. Genosse Goldmann besprach alsdann die Wirkung der Inflation und der Valutasteigerung auf den Reallohn der Ar-

better. Die Verelendung der Arbeiterschaft und Gehaltsmangel geht mit Riesenschritten vor sich. Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß durch die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten nichts zur Durchsetzung der 10 Punkte des ADGB getan wurde, denn gegen die gemeinten 10 Millionen freier Gewerkschaftler hätte keine soch arbeiterfeindliche Steuerpolitik getrieben werden können, wie es zur Zeit im Reichstage geschieht.

Sein eingehendes Referat schloß Genosse Goldmann mit einem Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf, der Auforderung zur Einigung der Arbeiterschaft bei Durchsetzung großer Forderungen und treuer unermüdblicher Arbeit für die USPD. Denn nur dann könne eine neue Katastrophe der deutschen Arbeiterschaft verhindert werden.

Dem beifällig ausgenommenen Referat schloß sich eine kurze Diskussion im Sinne des Referenten an.

Die Vorgänge in Gotha

Kommunisten u. d. Jungdeutscher Orden

Wie schon berichtet, hatte der Jungdeutsche Orden am 11. und 12. März einen sogenannten Vollertrag nach Gotha einberufen, in dessen Verlauf es am Nachmittag und Abend des 11. März zu ersten Zusammenstößen zwischen einem kleinen Teil der Mitglieder der KPD, oder ihr nahestehender Arbeiter und dem Jungdeutschen Orden kam, die eine Anzahl zum Teil erster Verlegungen zur Folge hatten. Der thüringische Minister des Innern, Genosse Hermann, hatte wegen dieser Vorkommnisse die übrigen Veranstaltungen des Jungdeutschen Ordens am 12. März verboten.

Am 10. März wollte nun die Gothaer Arbeiterschaft ihre im Kapp-Zug gelassenen Toten ehren. Aber auch der Jungdeutsche Orden traf Anstalten, seinerseits dasselbe zu tun. Für jeden Einsichtigen mußte es von vornherein klar sein, daß, wenn beide Richtungen sich in größeren Massen in Gotha zusammengefunden hätten, es zu noch ernstere Zusammenstößen gekommen wäre, wie am 11. März. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage ließ die Thüringer Regierung das Verbot für Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel auch für den 10. März noch bestehen. Der Zentralrat und später auch die Vollversammlung der Betriebsräte, die zum größten Teile kommunistisch orientiert sind, nahmen am 17. März zu dieser Frage Stellung und würdigten einstimmig die Maßnahmen der Regierung und hielten sie für richtig.

Besonderer Erwähnung bedürfen hierbei die Ausführungen eines kommunistischen Parteisekretärs, der in jener Vollversammlung u. a. sagte, daß die KPD endlich einmal mit ihrer Putzaktion brechen müsse. Wenn die Mitglieder der kommunistischen Jugend trotz des Verbots der Regierung und des Beschlusses der Betriebsräte-Vollversammlung verstanden, am Sonntag, 19. März, einen Umzug zu veranstalten, so ist das ihrer politischen Unreife und Kurzsichtigkeit zugute zu rechnen. Wenn aber die kommunistische Partei und vor allem ihre Presse, u. a. auch die „Rote Fahne“ in Nr. 138 die Maßnahmen der Thüringer Regierung bekämpft und die Regierung der Feindschaft bezichtigt, so dürfte sie sich, wie ja auch der einstimmige Beschluß der Betriebsräte-Vollversammlung zeigt, mit ihren Mitgliedern in einem starken Gegensatz befinden.

Auf die sonstigen Verdröhnungen und falschen Darstellungen der „Roten Fahne“ und des „Gothaer Volksblattes“ näher einzugehen, halten wir im Interesse der Arbeiterschaft nicht für angebracht. Aber eins müssen wir feststellen. Wenn die Reaktion und mit ihr der Jungdeutsche Orden in Thüringen, vor allem aber in Gotha, das einst ein Bollwerk der sozialistischen Arbeiter darstellte, so an Boden gewinnen konnte, so ist das nicht zuletzt der Feindschaft der KPD zuzuschreiben. Der größte Teil auch der Gothaer Arbeiterschaft hat das bereits eingesehen. Diesem Umstande war es auch zuzuschreiben, daß die verzweifeltsten Anstrengungen der KPD, die Gothaer Arbeiterschaft gegen die Thüringer Regierung auszuführen, wirkungslos gewesen sind.

Wir haben zu der sozialistischen Regierung Thüringens das Vertrauen, daß, wenn irgendeine Möglichkeit besteht, gegen den Jungdeutschen Orden vorzugehen, sie das rücksichtslos tun wird. Im übrigen aber ist es Aufgabe der sozialistischen Parteien, dem weiteren Einfluß des Jungdeutschen Ordens auf geeignete Weise entgegen zu arbeiten. Diese recht radikale Organisation, die ehemals der Orpelich angehörend war, ist auch heute noch nichts weiter als ein verkappter militärischer Geheimbund, dessen Tätigkeit von den republikanischen Behörden aufmerksam verfolgt werden muß.

Der Wetterwart von Doorn

Was gibt es doch für schlechte Menschen! Sicher der schlechteste einer ist aber der große Unbekannte, der unsern guten Kaiser zur Flucht nach Holland verleitet hat. Nun hat der arme Mann seinen Thron und sein Schloss eingebüßt und muß, statt regieren zu können, Holz säen.

Indes wird in Deutschland von rückwärts blickenden Leuten dafür gefordert, daß man des Fluchtkaisers nicht ganz vergißt. Da man nun mit den politischen Leistungen Wilhelms nicht viel Staat machen kann, sucht man — was bei dem unpolitischen sentimentalischen deutschen Untertanen auch viel erfolgversprechender ist — auf das Gemüt zu wirken. So hat der ehemalige Hofprediger D. Vogel, Potsdam, in Königsberg eine Rede gehalten, in der er in einer Ausführlichkeit, die das Herz jedes Untertanen höher schlagen läßt, von dem während einfachen Leben berichtete, daß Wilhelm mit Hilfe nur weniger Millionen in Holland führt. In der Schilderung heißt es:

„Der Kaiser besitzt ein tiefgründiges Wissen; ganz bedeutend sind seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Edelsteinkunde und der Kirchenbaugeschichte. Ueber Orchideenkultur hat der Kaiser ein äußerst wertvolles Buch geschrieben, und in Doorn ist bekanntlich eine meteorologische Station errichtet, deren Ergebnisse der Kaiser selbst täglich beobachtet und nach Berlin weitergibt.“

Es ist gewiß hübsch, wenn jemand außer seinem beruflichen Wissen noch Kenntnisse auf anderen Gebieten hat. Und scheint aber, als ob das „tiefgründige Wissen“ Wilhelms nur außerhalb seines Berufes liegt; sicher wäre das deutsche Volk besser daran, wenn Wilhelm sich von jeder nur mit Edelsteinkunde, Kirchenbaugeschichte, Orchideenkultur und Wetterkunde beschäftigt hätte!

Der fortwährende Mangel in der Papierlieferung ist noch nicht behoben, infolgedessen muß auch heute die „Freiheit“ in vermindertem Umfang erscheinen. Wir bitten unsere Leser, dies zu entschuldigen und sich versichert zu halten, daß der Ausfall in den nächsten Nummern nachgeholt wird.

Seeredsveränderung in Amerika. Trotz der gegenteiligen Ansicht des Präsidenten Harding, des Kriegsministers und des Marshalls Perhing beschloß das Repräsentantenhaus, die Zahl der Offiziere um 1000 Mann zu verringern. Danach wird die amerikanische Armee noch 10000 Offiziere zählen.

Deutscher Reichstag

Freitag, den 24. März.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen. Abg. Horn (USP): Welches Resultat haben die Untersuchungen wegen der Waffenschließungen in Stettin, an denen u. a. auch zwei aktive Offiziere beteiligt waren, gehabt und welche Strafen sind daraufhin verhängt worden?

Ein Regierungsvertreter: Einer der Angeklagten ist verstorben. Gegen die beiden Offiziere schwebt (!!) das Verfahren. Das Gericht ist beauftragt, die Sache beschleunigt zu erledigen.

Abg. Rosenfeld (USP): Beabsichtigt die Reichsregierung das Streikrecht der Beamten zu beseitigen?

Ein Regierungsvertreter: Es sind Erwägungen im Gange, Genauer kann noch nicht mitgeteilt werden. — Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Präsident Ebb: Das Vorgehen der Entente verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker so eklatant, daß alle Parteien in Ostpreußen, ohne Ausnahme, und die ostpreussischen Körperschaften sich einmütig dagegen gemeldet haben. Ich ersuche, die Entschließung ohne Debatte anzunehmen. — Das geschieht.

Die Steuerberatung.

Die am Donnerstag Nacht ebrebrochene Beratung des Gelehrtenrats über Erhöhung von Zöllen wird fortgesetzt.

Abg. Frau Kemik (USP): Man sucht die Erhöhung der Zölle auf Kakao mit der Behauptung zu begründen er sei ein Genussmittel. Das trifft nicht zu. Er ist gleichmäßig ein fett-, eiweiß- und nährstoffreiches Nahrungsmittel. Die Schokolade, eine Mischung von Kakao, Zucker und feinen Gemüsen wird durch diese neue Belastung des Kakao außerordentlich verteuert. Das wird gesundheitliche Schädigungen bei kleinen Kindern und Schulkindern zur Folge haben. Daß Schokolade ein Nahrungsmittel ist, wissen am besten die Kräfteentnehmer. Die Verteuerung wirkt ansehnlich der hohen Milchpreise um so schwerer. Die Frauen in den unbemittelten Bevölkerungskreisen muß geradezu die Verzweiflung rufen. Die hohen Steuern auf Kakao werden auch vielfach Fälligkeiten der Schokolade im Besonderen davon werden wieder die Kinderbismittel, die die billige Ware kaufen müssen, am schwersten betroffen. Gehen die Besteuerung des Kaffees müssen wir uns ebenfalls mit Entschiedenheit wenden. Gewiß wäre es besser, wenn auch der deutsche Arbeiter gleich seinen englischen Klassenangehörigen morgens vor der Arbeit eine gute Tasse zu sich nehmen könnte. Aber das ist bei den hohen Lebensmittelpreisen gar nicht möglich. Schon jetzt kostet ein Pfund Kaffee 60 bis 100 Mark und wird bald noch viel teurer sein. Nutzt man der unbemittelten Bevölkerung zu, weiterhin getrocknete und gebrannte Rüben zur Kaffeebereitung zu verwenden? Uns ist ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugegangen. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ohne Bekämpfung der Trunksucht ist nur halbe Arbeit. Aber der Bekämpfung des Alkoholismus steht die Verteuerung von Kaffee, Kakao und Tee hindernd im Wege. Auf diese Weise treibt man die Arbeiter dem Schnapsteufel in die Arme. Und muß es nicht aufreißend wirken, wenn man in den Schaufenstern die schönsten Pfefferbissen sieht, die Kinderbismittel sich aber nur anschauen können.

Geborn hält Abg. Kemmele (KPD) eine zweieinhalbstündige Obstruktionsrede.

Zur Annahme gelangt ein Antrag der Regierungsparteien, der den Finanzminister ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zu bestimmen.

Die Zuckersteuer.

Frau Schilling (SPD): Die Zustimmung zum Zuckersteuergesetz ist uns am schwersten gefallen. Die Regierungsvorlage setzte die Zuckersteuer auf 100 M. pro Doppelzentner fest. Der Ausschuss ermäßigte sie auf 50 M. Die Herren von der Rechten haben nicht das richtige Verständnis für die Not der Vermögenden der Armen gezeigt. Genau so wie sie früher den Arbeitern die Rechte verweigert haben, legen sie ihnen jetzt die durch den verlorenen Krieg Deutschland auferlegten Lasten auf.

Nach der Rede der Abgeordneten Schilling beantragten die Mehrheitsparteien, eine weitere Verringerung des § 1 nicht zuzulassen. Für den Antrag stimmen alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten.

Der § 1 wird angenommen. Auch die Änderung des § 2 wird unter

Eröffnung jeder Debatte

von den Mehrheitsparteien wieder mit Einschluß der Rechtssozialisten unter stürmischem Protest der äußersten Linken angenommen. Hieraus wird die Vergeßlichkeit der Minderheitsparteien in verächtlichem Maße weitergeführt. Die Mehrheitsparteien beantragen, alle übrigen Paragraphen in gemeinsamer Debatte zu behandeln.

Abg. Frau Ames (USP): Es ist geradezu ungeheuerlich, daß man die Opposition auf diese Weise tut macht. Es ist einfach nicht zu verstehen, wie die Rechtssozialisten eine soch unerhörte Vergeßlichkeit mitmachen können. Wenn Frau Schilling sich hier hinsetzt und gegen die Rechte wettert, so muß ich doch sagen, daß ich ihr dazu nicht das Recht zusehehen kann. Sie haben doch selber die Kompromisspolitik mitgemacht. Der Zucker ist ein höchst wichtiges Lebensmittel. Es ist unbestreitbar, daß neben der Milch der Zucker das Hauptnahrungsmittel für Kinder ist. Durch die Besteuerung nehmen Sie den Säuglingen den Zucker. Die Zuckersteuer wird bewirken, daß die unteren Schichten der Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, sich Zucker kaufen zu können. Es ist auch zu beachten, daß der Zucker nicht nur entsprechend der Steuer verteuert wird, sondern daß dabei noch

Extraprosse der Unternehmer

in den Kreis miteinziehen. Wir haben jetzt bereits wieder eine Zukernot, wie wir sie während des Krieges gehabt hatten. Warum? Weil die Interessenten den Zucker in der Erwartung größerer Profite zurückhalten. Die Zuckerlieferung an Drei-Mark-Weinlieferanten machen uns das Vertrauen unmöglich. Wir können diesem Gesetzentwurf unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben, weil er dem Volke ungeheuren Nachteil bringt. (Beifall bei den USP.)

Wieder wird die Debatte mit Hilfe der Mehrheitssozialisten abgebrochen. Alle Änderungsanträge werden abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung über die Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen bis zum 1. Oktober 1922. Nach Ausführungen der Abgg. Henje und Schmidt-Löpenick erteilt

Abg. Karlsen (USP): Als hier beschlossen wurde, die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen spätestens am 31. März aufzuheben, glaubte keiner, daß eine Verlängerung der Verordnungen notwendig sei. Eine Reihe Demobilisierungsverordnungen sind in diesem Gesetz nicht wieder aufgenommen worden. Wenn die jüngeren Leute aus der Landwirtschaft verschwinden, so doch nur, weil sie anderswo es besser finden und mehr verdienen. (Sehr richtig!) Der zweite Teil der Verordnung handelt davon, daß Arbeiter erst entlassen werden dürfen, wenn bei Arbeitsmangel die Arbeitszeit auf vier Stunden beschränkt wurde. Das wollen Sie beseitigen. Sie sagen, das liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft. Aber hier identifiziert man die Interessen der deutschen Wirtschaft mit den Interessen des Kapitals. (Sehr richtig!) Uns genügen die Demobilisierungsverordnungen nicht. Wir fordern ein einheitliches Arbeitsrecht. Aber gegen die Aufhebung der Verordnung im gegenwärtigen Augenblick wenden wir uns mit aller Kraft. (Beifall bei den USP.)

Die Regierungsvorlage wird in ihren wesentlichen Teilen angenommen. — Ohne Debatte werden der Ausschussberatung überwiegend zwei Gesetzentwürfe betr. den Haushalt und ein Entwurf betr. Ergänzung des Besoldungsgesetzes. Gedruckt 8 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 28. März.

4 billige Ultimo-Tage

Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche steigen die Warenpreise zu erschreckender Höhe! Wir geben Ihnen die Möglichkeit, jetzt noch billig einzukaufen. Decken Sie daher Ihren Bedarf, ehe es zu spät ist.

Mengen-Abgabe bleibt vorbehalten!

Hier einige Beispiele:

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

Kimono-Bluse aus echtfarbigem Perkal oder Schleierstoff . . . M. 5900
 Oberhemd-Bluse aus gutem Sportflanel, off. u. n. geschl. u. trag. M. 8900
 Dirndl-Kleider a. mod. Block-Karos m. Vollekräusen u. Blodengarnrg. M. 14500
 Büstenhalter in guter Ausführung . . . M. 1950
 Weiße Untertailen mit schön. Stückerel M. 2950
 Wiener Schürzen große Form aus guten Stoffen . . . M. 4950
 Sweater für Knaben und Mädchen Größe 40-45 . . . M. 950
 Trikot-Unterröcke für Damen . . . M. 4850
 Herren-Garnituren grau Wintertrikot, Hemd und Beinkleid zusam. M. 8950

Blusen-Popeline in schönen Streifen . . Mtr. 3200
 Schotten doppeltbreit für Kinderkleider Mtr. 3950
 Gestreifte Rockstoffe in guter Qualit. Mtr. 4950
 Crépon in vielen Farben . . . Mtr. 1950
 Baumwoll-Musseline Direkl-Muster . Mtr. 2950
 Weiße Crépe-Voiles doppeltbreit . . Mtr. 4450
 Wischtücher kariert . . . St. 950
 Graue Drell-Handtücher . . . St. 1750
 Weiße Drell-Handtücher gestümt und gebändert . . St. 2950

Büfettdecke oval aus la grau Leinen, vorgezeichnet . . . Stück 1950
 Sofakissen mit Rückwand, la grau Leinen, vorgezeichnet . . . Stück 1450
 Mittendecke weiß Leinen mit Hohlsaum, vorgezeichnet . . . Stück 1250
 Abgepaßte Blusen für Buntstickerel, vorgezeichnet . . . Stück 3950
 Bulgaren-Blusen auf weiß Crépe-Voile, vorgezeichnet . . . Stück 4950
 Eisdeckchen für Kreuzstich und Madeira, vorgezeichnet . . . Stück 195
 Schlafdecken 140/190 weiche mollige Qual. . . Stück 6950
 Bunte Kaffeetischdecken in vielen Farben . . . Stück 7800
 Künstlerdecken in neuartigen Mustern . . . Stück 9500

Oberhemden mit gutem Pique-Einsatz, Stück 18500
 Sportkragen guter Rippe, Weiss 33-35, Stück 495
 Gummiträger mit festen Lederpatten, Stück 1550
 Wäschestickereien circa 8 cm breit, Meter 750
 Marinekragen mit Manchetten . . . M. 1550
 Schalkragen aus Batist, mit Spitze u. Hohlsaum . . . M. 1950
 Bastglocke mit farbigem Rand . . . M. 2850
 Tagalrotteur in vielen Farben . . . M. 7500
 Basthut mit Garnitur, sehr kleidsam . M. 9500

Loewenberg & Co

Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzing - Straße

Straßenbahn-Verbindungen: Haltestelle Demminer Straße 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13, 130 und Ring-Bahnhof Gesundbrunnen

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr:
Masse Mensch

Wahalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Der liebe Augustin

Casino-Theater
 Die neue Berliner Fosse
Pamille Gänselein

Apollotheater
 Friedrichstr. 218
 8 Uhr:
Naturalistisch. Ballett
Der Venusberg
 Gastspiel v. Paul Deckers

Theater a. Kothbuser Tor
 Tel. 911, 19077
 Tägl. 7 1/2 u. 9 u.
 8 u. nach. 3 u.
Elite-Sänger
Blüthen-Konz.
 Sok. 11-1 1/2 u.
 4-5 u.

CIRCUS BUSCH
 Morgen Sonntag
 Zwei Mal 3 und
 7 1/2 u.
 Kuchentag mit buntem
 Kaspern-Programm
 1 Kind freil!
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Störtebeker“
 der Seeräuber

Theater am Rollendorfsplatz
 7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Reife

Theater des Offens
 (Rosa-Theater)
 7 1/2 Uhr: Für tot erklärt
 9 1/2 Uhr: Orenmittchen

ROTTER - BÜHNEN
 Tägl. 7 1/2 Uhr:
Tranon - Theater
DER VULKAN
 Kleines Theater
JAQUELINE
 Residenz-Theater
 Eine Frau ohne Leidenschaft

ALHAMBRA

Varieté
 a. Moritzplatz
Senta Söneland
 in ihrem Sketch
Kesse Bolle
 und das gewaltige
März-Programm
 5 bis 20 M.

Bernidler und Schleifer,

an selbständiges Arbeiten gewöhnt, für sofort gesucht. Angebote an E. Jahnke, Adalbertstraße 80, Seitenflügel III.

Soeben erschienen!

Georg Engelbert Graf
Entwicklungsgeschichte
der Erde
 mit 60 Abbildungen
 und einem Anhang:
 Geologische Profile und Erklärung
 geologischer Fachausdrücke

Preis 24.- M., gebunden 30.- M.

Buchhandlung „Freiheit“

Berlin C 2 Breitestr. 8-9

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
 pro Monat u. 4,20 M.
 Abonnement

Spedition Wengels
 D, Cabiner Straße 11
 Tour: Liebigstraße

Altmetalle, Kupfer
 Messing, Blei, Zink usw. kauft
 Badstr. 34
Metall-Verwertg.
 I. Hof r.
 Händler Extrapreise.

Möbel
 Extra billige
 Angebot für
 gediegene
Möbel-Frese
 Weinbergsweg 1
 (Rosenfelder Platz)

PELZWAREN

auf Teilzahlung
 Pelzwarenfabrik Kallis
 Tiele-Warzenberg-Str. 11
 am Ebnhol Tiergarten

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Kollegen und Kolleginnen!

Am Sonnabend, den 25. und Montag, den 27. März findet für unsere Verwaltungsstelle eine **Urabstimmung** statt. Die Mitgliedschaft soll entscheiden, ob es bei dem jetzigen Lokalzuhause bleiben soll, oder ob derselbe um eine Mark erhöht werden muß. Es ist unbedingte Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, sich restlos an der Urabstimmung zu beteiligen. Abstimmungsrechtlich ist nur, wer mit seinen Beiträgen nicht über 6 Wochen reistert. Die Abstimmung findet statt am **Sonnabend von 1 bis 6 Uhr nachmittags**, Montag „ 2 „ 7 „

- in folgenden Lokalen:
- Norden**
 1. Zimmer, Fehmann Str. 6
 2. Vorleben, Widenom- Ecke Burgdorf-Str.
 3. Noß, Magstr. 12
 4. Grundmann, Malplaquet- Ecke Seestr.
 5. Koch, Henniesdorfer Str. 13
 6. Frisch, Drontheimer Str. 4
 7. Wende, Koloniestr. 147
 8. Knapp, Grünthaler Str. 6
 9. Döhling, Brunnenstr. 79
 10. Stein, Fankstr. 80
 11. Eigt, Gerichstr. 74
 12. Regenberg, Gartenstr. 75
 13. Nieschmann, Adelerstr. 123
 14. Leuschner, Adelerstr. 110
 15. Krüger, Hufitenstr. 33
 16. Carus, Volkestr. 37
 17. Dams, Schlegelstr. 9
 18. Büttner, Schwedter Str. 23
 19. Olesche, Kopenhagener Str. 74
 - Nordosten**
 20. Späth, Georgenkirchstr. 65
 21. Kujawski, Greifswalder Str. 191
 - Osten**
 22. Bähr, Sitalauer Allee 47
 23. Vilseder, Blumenstraße 34
 24. Koffen, Gubenerstraße 19
 25. Köhler, Matternstraße 14
 - Südosten**
 26. Brasser, Michaelikirchstr. 29a
 27. Gemerkshaus, Engel Ufer 24
 28. Benoit, Adalbertstr. 4
 29. Reinke, Grünauer Str. 17
 30. Hellmuth, Göttinger Str. 63
 31. Dreime, Rungestr. 30
 - Süden**
 32. Winter, Ritterstr. 117
 33. Biehlke, Bopplstr. 1
 34. Nowak, Giesinger Str. 66
 - Südwesten**
 35. Spörer, Gneisenaustr. 30
 36. Lopp, Alte Jakobstr. 1
 37. Rathmann, Wilhelmstr. 118
 - Westen**
 38. Wiemers, Bülowstr. 58
 - Nordwesten**
 39. Krüger, Püllstr. 10
 40. Reiser, Geydowstr. 34
 41. Sturz, Huttenstr. 9
 42. Dellshäger, Berlichingenstr. 5
 - Zentrum**
 43. Hummel, Sophienstr. 5
 - Adlershof**
 44. Kaeder, Bismarckstr. 73
 - Baumshulenberg**
 45. Voges Nachf., Vanmschulenstr. 14
 - Charlottenburg**
 46. Müller, Osnaabrücker Str. 27
 47. Peter, Fehringstr. 23
 48. Werner, Wallstr. 96
 49. Thunack, Wielandstr. 4
 - Göpenid**
 40. Schulz, Bahnhofstr. 34
 51. Augustin, Rosenstr.
 - Friedrichshagen**
 52. Tinius, Friedrichstr. 122
 - Gartenfeld**
 53. Restaurant Lehmann
 - Kaltberge**
 54. Lokal Kreter
 - Lichtenberg**
 55. Brill, Kant- Ecke Mozartstr.
 56. Albrecht, Neue Bahnhofstr. Ecke Vorhagener Str.
 57. Seibke, Kronprinzenstr. 47
 58. „Zur Warburg“, Frankfurter Allee 165 am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde
 59. „Zur Edeltanne“, Herzbergstr. 23
 - Mariendorf**
 60. Schreiter, Chausseestr. 27
 - Mariensfelde**
 61. Knauer, Großbeerstr.
 - Neutölln**
 62. Kaiser, Boddinstr. 58
 63. Brühl, Brulendorfer- Ecke Teupiger Str.
 64. Ideal-Kaffee, Weidichstr. 8
 65. Schmidt, Oker Str. 5
 66. Rückheim, Berg- Ecke Lahnstr.
 67. Cognac-Quelle, Hermannstr. am Ringbahnhof
 - Niederschöneweide**
 68. Schlops, Grünauer Str. 8
 - Oberschöneweide**
 69. Imberg, Wilhelmshagenstr. 34
 - Panlow**
 70. Schmidt, Florastr. 15, Eingang Göttingstr.
 - Reinickendorf West**
 71. Weding, Berliner Str. 111
 72. Jugendheim, Scharnweberstr. 114
 73. Buller, Eichbornstr. 49
 - Rosenthal**
 74. Feind, am Bahnhof
 - Schöneberg**
 75. Schulz, Reichertstr. 3
 76. Rosenthal, Ebersstr. 66
 - Segefeld**
 77. Wulff, Hauptstr.
 - Siemensstadt**
 78. Sundheim, Nonnendamm-Allee 87
 79. Kant, Siemensstr. 34/35
 - Spandau**
 80. Windt, Fichelsdorferstr. 5
 81. Rest. Wilhelmshagen, Hamburger-, E. Klosterstr.
 82. Kohlshmidt, Neuenborferstr. 87
 83. Lungwig, Freiheit 2
 - Staanen**
 84. Wolf, Spandauerstraße 112
 - Steglich**
 85. Borkmann, Rheinststraße 40
 86. Henke, Flensburger- Ecke Düppelstraße
 - Tegel**
 87. Lehnhardt, Berlinerstraße 84
 - Tempelhof**
 88. Bürgergarten, Berlinerstr. am Ringbahnhof
 - Treptow**
 89. Wälsche, Heidelbergerstraße 81
 - Weihensee**
 90. Wälsche, Berliner Allee 251
 - Wildau**
 91. Pieg, Rennbahnstraße 4
 92. Kaffee, Schwarzkopf Straße

Die Ortsverwaltung.

Demnächst erscheint

N. BUCHARIN

Oekonomik

der Transformationsperiode

Aus dem Inhalt: Struktur des Weltkapitalismus / Oekonomik, Staatsgewalt und Krieg / Zusammenbruch des kapitalistischen Systems / Stadt und Land im Prozess der gesellschaftlichen Transformation / Die Produktivkräfte, die Unkosten der Revolution und die technische Umwälzung / System der Produktionsverwaltung unter der Diktatur des Proletariats / Der „außerökonomische“ Zwang in der Übergangsperiode / Mit 7 graphischen Darstellungen

Preis: brosch. Mk. 45.—, geb. Mk. 60.—; Organisationsausgabe: brosch. Mk. 20.—, geb. Mk. 30.—

Verlag Carl Hoym Nachf.
 Louis Cahnbley, Hamburg
 sowie sämtl. Buchhandlungen u. Organisationen der K.P.D.

Warum besitzgen Sie Ihren **Rheumatismus** nicht durch **Kräuter-Geist**?

Preis 15.—

Altmetalle
 kauft hohe Preise. Oberberger Str. 1, Reinickendorf Str. 107.

Zeißfeldstecher
 6- und 8sch. faulfr. Stähle
 M. Kockelmann, Gustav-Str. 135, Potsdamer Str. 135 (Eingang 9200)

Mandolinen, Gitarren, Harmonica, Zithern, Orgeln, Schmitz, Petersburger Str. 23 L.

Elefanten-Apotheke SW, Leipziger Straße 74